

Anlage 5



Landeshauptstadt Potsdam

Der Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Ihre Antwort an Landeshauptstadt Potsdam
Bereich Partizipation und Tolerantes
Potsdam
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Bundesministerium des Innern, für Bau und
Heimat
Alt-Moabit 140

Auskunft erteilt Frau
Telefon 0331 289- 3424
Telefax 0331 289- 3430
Dienstgebäude Stadthaus
Zimmer 30.42
E-Mail staedtesichererhaefen@rathaus.potsdam.de
Aktenzeichen
Datum Juli 2021

Einladung zum Dialog mit dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, das Bündnis der Städte Sicherer Häfen, sind bereit, geflüchtete Menschen aus den bekannten humanitär katastrophalen Zuständen aufzunehmen. Lassen Sie uns jetzt das Richtige und Notwendige tun.

Vor knapp zwei Jahren haben sich acht Städte auf den Weg gemacht und die Potsdamer Erklärung ins Leben gerufen. Dieses Bündnis ist gewachsen. Aus den Stimmen Einzelner ist eine deutschlandweite Bewegung geworden. Über 250 Kommunen haben sich bereits solidarisch mit der Initiative „Sicherer Hafen“ erklärt. Fast die Hälfte davon – 100 Kommunen – sind offiziell dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beigetreten, um sich auf der Bundesebene gemeinsam dafür einzusetzen, den geflüchteten Menschen eine Perspektive zu bieten.

In nahezu allen Mitgliedsstädten hat es einen politischen Beschluss für eine Aufnahme gegeben. Damit sind wir nicht nur legitimiert, sondern vielmehr jetzt von der Bevölkerung beauftragt worden, Hilfe zu leisten.



Telefon: 0331 289-0
Telefax: 0331 289-1155
E-Mail:
poststelle@rathaus.potsdam.de
Internet: www.potsdam.de

Landeshauptstadt Potsdam
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam
USt-IdNr.: DE136408386

Landeshauptstadt Potsdam
Stadtkasse
IBAN: DE65 1605 0000 3502 2215 36
BIC: WELADED1PMB
Mittelbrandenburgische Sparkasse



Dieser Auftrag richtet sich an alle Verfahrensbeteiligten. Wir wollen ihn gemeinsam mit Ihnen erfüllen. Dazu möchten wir an unseren bestehenden Dialog anknüpfen. Wir danken ausdrücklich für den bisherigen Austausch und die konstruktiven Teilnahmen aus Ihrem Haus an (virtuellen) Treffen.

Lassen Sie uns nun konkret werden:

Unsere Bündnismitglieder reichen von Millionenstädten bis hin zu Kleinstädten. Entsprechend heterogen sind die individuellen Positionen und Möglichkeiten. Das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ hat sich daher in den vergangenen Monaten selbst organisiert und interne Strukturen aufgebaut. Insbesondere wurden Koordinationsstellen auf Ebene der einzelnen Bundesländer eingerichtet. Dies soll auch helfen, noch besser in den Dialog mit Ihnen und weiteren entscheidenden Stellen – auf allen Ebenen - zu kommen.

Zum Jahresbeginn 2021 haben wir eine Umfrage unter den Mitgliedern gemacht. Die enorme Beteiligung hat uns noch einmal die Wichtigkeit des Themas aufgezeigt.

Im Wesentlichen möchten wir drei Ergebnisse festhalten:

- Nahezu alle Mitglieder sind per politischem Beschluss aufgefordert, Geflüchtete aufzunehmen.
- Die Aufnahmebereitschaft erstreckt sich auch und mittlerweile sogar verstärkt auf Personen in Flüchtlingslagern an der europäischen Außengrenze (dies als Hinweis, da der ursprüngliche Gedanke der Potsdamer Erklärung sich auf die akute Seenot bezog).
- An Aufnahmemöglichkeiten soll alles ausgeschöpft werden, was möglich ist. Verschiedene Programme können kumulativ laufen. Viele Mitglieder haben besonders die Gruppe der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge im Blick.

Um diesen gesellschaftlichen Auftrag erfüllen zu können, suchen wir das weitere Gespräch mit Ihnen. Dabei wollen wir die Realisierung unterschiedlicher Programme thematisieren:

- (Neue) Bundesaufnahmeprogramme auf Grundlage bestehender Normen,
- (Neue) Rein humanitäre Aufnahmeprogramme,
- Modifizierung bestehender Programme, die bislang nicht ausgeschöpft wurden (z.B. „NEST-Programm“),
- Unterstützung bei parallel anzustoßenden Landes-Aufnahmeprogramme, bei denen das Benehmen mit Ihnen herzustellen ist.



Landeshauptstadt
Potsdam

Neben diesen Schwerpunkten möchten wir auch Möglichkeiten des weiteren Selbsteintritts der Bundesrepublik Deutschland nach der Dublin-VO beraten. Auch der Gedanke eines neu zu schaffenden rein kommunalen Aufnahmeprogrammes ist für viele Mitglieder interessant.

Um die Gespräche effizient und ergebnisorientiert zu gestalten, steht stellvertretend für das Bündnis eine Gruppe Sprecher*innen bereit. Wir streben an, konkrete Vereinbarungen noch vor der Bundestagswahl zu erzielen. Über einen Vorschlag für einen – virtuellen - Termin würden wir uns daher freuen. Gerne können Sie weitere Akteure (wie das BAMF) bereits mit in die Gespräche einbeziehen. Bitte nehmen Sie dazu Kontakt auf mit

Koordinierungsstelle des Bündnisses

Landeshauptstadt Potsdam

Bereich Partizipation und Tolerantes Potsdam der Landeshauptstadt Potsdam

Friedrich – Ebert – Str. 79/81

14469 Potsdam

Telefon 0331 289 3424

Mobil +49 1705705921

E-Mail StaedteSichererHaefen@rathaus.potsdam.de

Ihrer Antwort sehen wir erfreut entgegen und verbleiben mit den besten Grüßen der 100 Mitglieder im Bündnis der Städte Sicherer Häfen.



Potsdam, den /Juli 2021



Landeshauptstadt
Potsdam

Michael Müller, Der Regierende Bürgermeister von Berlin

Pit Clausen, Oberbürgermeister Bielefeld

Ulrich Markurth, Oberbürgermeister Braunschweig

Simone Lange, Oberbürgermeisterin Flensburg

Dr. Thomas Spies, Oberbürgermeister Marburg

Dieter Reiter, Oberbürgermeister Landeshauptstadt München

Stephan Neher, Bürgermeister Rottenburg am Neckar

Mike Schubert, Oberbürgermeister Landeshauptstadt Potsdam

Uwe Conradt, Oberbürgermeister Landeshauptstadt Saarbrücken